

Berlin, 09.11.2025

Positionspapier

Fachkräfte- & Nachwuchsmangel

Einleitung

Der Beruf der Apotheker*innen gilt nach wie vor als Engpassberuf. Darüber hinaus verschärft sich die Versorgungsstruktur [1]. Die Zahl der öffentlichen Apotheken ist kontinuierlich gesunken. Im ersten Halbjahr 2025 erreichte sie einen historischen Tiefstand von 16.803 Filialen [2]. Gleichzeitig berichten nahezu alle Apotheken von erheblichen Engpässen beim Personal. Laut dem Apothekenkonjunkturindex APOKix gab eine deutliche Mehrheit an, in den letzten Jahren vergeblich nach Nachwuchs im Bereich pharmazeutisch-technische Assistent*innen (PTAs) oder approbierter Apotheker*innen gesucht zu haben [3]. Laut einer Analyse der ABDA werden 2029 etwa 10.000 Apotheker*innen über alle Tätigkeitsbereiche hinweg fehlen. Vor diesen Hintergründen fordert der BPhD konkrete Maßnahmen, um dem zunehmenden Mangel an pharmazeutischem Nachwuchs zu begegnen und die flächendeckende Arzneimittelversorgung nachhaltig abzusichern.

Hintergründe

Zwischen Ende 2023 und Ende 2024 stieg die Zahl der deutschen beschäftigten Apotheker*innen leicht von 69.798 auf 70.406. Der Zuwachs von rund 600 Apotheker*innen verteilte sich jedoch ungleich auf die verschiedenen Tätigkeitsfelder. Nur 57 Apotheker*innen (etwa 10 %) entschieden sich für die öffentliche Apotheke. Zwar arbeitet der Großteil der Apotheker*innen weiterhin in der öffentlichen Apotheke (ca. 75 %), jedoch stagniert der Zuwachs in diesem Tätigkeitsfeld. Ganz im Gegensatz zu anderen Bereichen wie der Industrie (+ ca. 400 Apotheker*innen) oder der Krankenhausapotheke (+ ca. 200 Apotheker*innen), wo ein deutlicher jährlicher Zuwachs erkennbar ist. [2]

Die Sicherstellung der Versorgung durch öffentliche Apotheken steht vor großen Herausforderungen. Im ersten Halbjahr 2025 sank die Zahl an Apotheken um 238 auf nur noch 16.803 Apotheken, was insgesamt eine Abnahme um 3.446 Apotheken in den letzten 10 Jahren bedeutet. Damit ist die Apothekenzahl auf dem niedrigsten Stand seit 1978 – Tendenz weiter sinkend. [2]

Die Gesamtzahl der Fachkräfte in öffentlichen Apotheken, also Apotheker*innen, PTAs, pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte (PKAs) und Pharmazeut*innen im Praktikum (PhiPs) stieg zwar um ca. 5.000 im Jahr 2024 auf 162.186 Personen, jedoch überwiegt der Zuwachs an PTAs (+ ca. 4.000 Personen) und PKAs (+ ca. 1.000 Personen) in diesem Zeitraum.

Es braucht für die neuen Aufgaben in der öffentlichen Apotheke, wie beispielsweise die Erweiterung der pharmazeutischen Dienstleistungen oder eine Ausweitung des Impfangebotes in Apotheken nicht nur mehr PTAs und PKAs, sondern auch mehr Apotheker*innen, damit weiterhin eine gute und sichere Arzneimittelversorgung gewährleistet ist. Zur Gesamtzahl werden auch Pharmazieingenieur*innen (+ Apothekerassistent*innen, ca. 3.500 im Jahr 2024) gezählt, die unter bestimmten Voraussetzungen Apotheker*innen vertreten und somit entlasten können. Der letzte Jahrgang hat aber 1994 die Ausbildung beendet und erreicht somit in den nächsten Jahren das Renteneintrittsalter. [2]

Besonders problematisch ist der Rückgang beim Nachwuchs. Die Zahl der Auszubildenden und Praktikant*innen in öffentlichen Apotheken sank von 7.865 im Jahr 2022 auf 6.542 im Jahr 2024. Besonders deutlich zeigt sich dies bei den PhiPs, deren Zahl von 1.663 (2022) auf 1.123 (2024) fiel [2]. Zwar besteht weiterhin Interesse am Pharmaziestudium (ca. 3,3 Bewerbende pro Studienplatz) doch auch hier sind die Zahlen der Bewerbenden insgesamt rückläufig.

Ausbau der Studienplätze und Schaffung neuer Studienstandorte

Die Delegierten des Deutschen Apothekertags (DAT) verabschiedeten bereits 2021 den Antrag „Schaffung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zur Erhöhung der Anzahl der Studienplätze im Fach Pharmazie“ und forderte darin die Schaffung von mehr Studienplätzen um 30 % in den folgenden fünf Jahren, um den steigenden Bedarf infolge demografischer Veränderungen, wachsender Teilzeitquoten und eines erweiterten Tätigkeitsfeldes der Apotheker*innen zu decken [4]. Angesichts der geplanten Ausweitung pharmazeutischer Dienstleistungen, der Impfangebote in der Vor-Ort-Apotheke, der fortschreitenden Digitalisierung im Gesundheitswesen und neuer, zunehmend komplexer Arzneistoffklassen wird mehr pharmazeutisches Personal notwendig sein. Hinsichtlich dieser Entwicklungen befürwortet der BPhD weiterhin das Vorhaben des Antrages von 2021. Die Bereitstellung finanzieller Mittel, sowie ein zeitgemäßes und attraktives Studium sind die Voraussetzung zur Umsetzung dieser Forderung. Ebenso ist eine Erhöhung der Kapazitäten an bestehenden Universitäten, die regelmäßige Prüfung dieser und der Ausbau von Infrastruktur und Ressourcen wie Lehrpersonal, Lehrräumen oder Laborausstattung nötig. Nur mit ausreichenden Kapazitäten kann der Apotheker*innenberuf zukunftsfähig weiterentwickelt werden.

Pharmazie wird derzeit an 22 Universitäten in Deutschland gelehrt, jedoch weder flächendeckend noch in allen Bundesländern. In Brandenburg wird daher beispielsweise seit Jahren ein eigener Pharmaziestandort gefordert, um Abwanderung und Unterversorgung im Land zu vermeiden. Die Aufnahme dieser Forderung in den Koalitionsvertrag ist ein erster sehr positiver Schritt hin zu einem neuen Studienstandort [5]. Aktuell tagt noch die länderübergreifende Fachgruppe zur Finanzierung des neuen Pharmaziestandortes in Brandenburg. Solange die Finanzierung jedoch nicht final geklärt ist, wird es hier keine weiteren Fortschritte in den Planungen geben [6].

Gleichzeitig gibt es Berichte über die unzureichende Infrastruktur bestehender Standorte. Der geplante Neubau des Pharmazeutischen Instituts in Jena verzögert sich weiterhin, da die Finanzierung nicht vollständig sichergestellt ist. In Thüringen wird insbesondere durch die Studierenden aber auch die Landesapothekerkammer Thüringen (LAKT) betont, dass eine moderne universitäre Infrastruktur nötig sei, um den Standort für Studierende attraktiv zu halten und die Versorgungssicherheit langfristig sicherzustellen [7].

Forderungen

Der BPhD fordert verstärkte Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung, bessere Ausbildungsbedingungen und eine Stärkung der öffentlichen Apotheke als attraktives Berufsfeld, um die flächendeckende Arzneimittelversorgung zu sichern.

Der BPhD fordert den Gesetzgeber auf, zeitnah rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, damit bundesweit die Zahl der Pharmazie-Studienplätze erhöht werden kann.

Der BPhD fordert die bestehenden 22 Studienstandorte auf, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten ihre Kapazitäten anhand von Fach- und Infrastrukturressourcen (Lehrpersonal, Räume, Laborausstattung) regelmäßig zu überprüfen und auszubauen.

Der BPhD fordert den Gesetzgeber auf, die nötigen finanziellen Mittel zur Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Lehre bereitzustellen und bereits zugesicherte Mittel nicht länger zurückzuhalten.

*Der BPhD fordert die verantwortlichen Personen an den einzelnen Pharmaziestandorten auf, hinsichtlich der Wichtigkeit des Apotheker*innenberufs für das Gesundheitswesen die vorhandenen finanziellen Mittel für das Pharmaziestudium höher zu priorisieren.*

Der BPhD fordert den Gesetzgeber und die Länder auf, neue Studienstandorte in unterversorgten Regionen gezielt zu fördern, um nachhaltig zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen und regionalen Versorgungsbedarf zu decken, insbesondere in Bundesländern, in denen bislang kein Pharmazie-Studiengang vorhanden ist. Dabei muss immer gewährleistet werden, dass die Eröffnung eines neuen Studienstandortes nicht zu negativen Auswirkungen, geschweige denn einer Schließung eines anderen Studienstandortes führt.

Der BPhD betont, dass bei allen Maßnahmen sicherzustellen ist, dass der Ausbildungsstandard und die Betreuungsqualität über das gesamte Pharmaziestudium hinweg nicht unter dem Ausbau der Studienplätze leiden.

Nachwuchsgewinnung und -förderung

Eine Schaffung von neuen Studienplätzen allein kann das Problem des Nachwuchsmangels vor allem in den öffentlichen Apotheken jedoch nicht lösen. Die Anstellung in der öffentlichen Apotheke sowie die Leitung dieser muss eine attraktive Option für Jungapprobierende sein. Des Weiteren müssen bürokratische Hürden in den Berufseinstieg abgebaut und mehr Anreize für den Schritt in die Selbstständigkeit geschaffen werden. Momentan kann es für Apotheker*innen mehrere Monate dauern, bis sie ihre Approbationsurkunde erhalten. Ein Antrag der Landesapothekerkammer Hessen auf dem DAT 2025 zielte darauf ab, die Aufnahme einer Tätigkeit als Apotheker*in ab dem Tag der bestandenen Prüfung zu ermöglichen. Voraussetzung sei, dass alle weiteren Bedingungen des § 4 Absatz 1 Bundes-Apothekerordnung (BApO) erfüllt sind [8].

Nicht nur der Übergang in die Selbstständigkeit muss attraktiver gestaltet werden, sondern es müssen auch anderweitige Anreize geschaffen werden, wie beispielsweise eine bessere Vergütung oder die Vereinbarkeit mit Familie. Solche Ansätze können dafür sorgen, dass dem bereits bestehenden Nachwuchsmangel gerade in der öffentlichen Apotheke langfristig und nachhaltig entgegengewirkt wird. Hilfreich hierfür wäre ein gemeinsames Konzept zur Nachwuchsgewinnung und

Nachwuchsförderung, wie es bereits mit dem Antrag 5.1 “Nachwuchsgewinnung und Nachwuchsförderung” auf dem DAT 2021 beschlossen wurde [4].

Forderungen

Der BPhD fordert die Standespolitik, insbesondere die Bundesapothekerkammer, auf, die Planung und Erarbeitung des Konzepts zur Nachwuchsgewinnung und -förderung erneut und nachhaltig anzugehen.

Der BPhD fordert die Standespolitik auf, die Pharmaziestudierenden bei der Erarbeitung des Konzepts einzubinden.

Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen

Der Regulierung sogenannter Heilberufe kommt eine besondere Bedeutung zu. Ärzt*innen, Apotheker*innen, Psychotherapeut*innen und Pflegefachkräfte unterliegen strengen Zugangs- und Qualifikationsvoraussetzungen, die nicht nur der Sicherstellung fachlicher Standards dienen, sondern auch dem öffentlichen Interesse an einer verlässlichen Gesundheitsversorgung. Die gesetzlichen Anforderungen – etwa in Form von Approbationen, Ausbildungsnachweisen oder Fortbildungspflichten – sind Ausdruck dieses Regelungsanspruchs des Staates, ohne dass dabei ein einklagbares Recht auf Gesundheit etabliert ist [9].

Anerkennungsgesetz

Seit 2012 können Personen, die ihre berufliche Qualifikation im Ausland erworben haben, prüfen lassen, ob ihre Abschlüsse mit den entsprechenden deutschen Berufsanforderungen vergleichbar sind [10]. Grundlage dafür ist das Anerkennungsgesetz, das neben dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) auch Aufforderungen zur Anpassung spezifischer Regelungen in den jeweiligen Berufsgesetzen umfasst [11]. Zusätzlich haben die Bundesländer eigene Vorschriften für Berufe in ihrer Verantwortung erlassen. Die Anerkennung ist insbesondere bei reglementierten Berufen wichtig, d. h. Berufen, deren Ausübung gesetzlich an bestimmte Qualifikationen gebunden ist [12].

Trotz dieser Fortschritte bleibt die Anerkennung ausländischer Qualifikationen eine Herausforderung. Die Verfahren sind häufig langwierig, unübersichtlich und variieren je nach Region. Potenzielle Fachkräfte sehen sich mit bürokratischen Hürden, unklaren Zuständigkeiten und fehlender Unterstützung bei Sprach- und Fachqualifikation konfrontiert – was die Zahl der Anträge weiterhin niedrig hält, obwohl der Bedarf enorm ist.

Im Jahr 2023 wurden laut Statistischem Bundesamt rund 79.100 ausländische Abschlüsse (54.200 davon in medizinischen Gesundheitsberufen) anerkannt. Hierbei überwiegt die Anzahl an erfolgreichen Anträgen in medizinischen Gesundheitsberufen. Es wurden 54.200 erfolgreiche Anträge gestellt, was zwar einem Zuwachs von 21 % gegenüber dem Vorjahr entspricht, aber vor allem geflüchtete Akademiker*innen, insbesondere Frauen, finden oft nur schwer den Zugang zu einer Tätigkeit, die ihren Qualifikationen entsprechen, wodurch Deutschland qualifizierte Fachkräfte entgehen [13, 14].

Gesetz zur Beschleunigung der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen

Mit dem als Gesetzesentwurf vorliegenden “Gesetz zur Beschleunigung der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen” reagiert das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) auf diese Problematik und erkennt ausdrücklich die wichtige Rolle von potenziellen Arbeitskräften mit internationaler Herkunft in der Arzneimittelversorgung an.

Mit Ergänzungen der Bundes-Apothekerordnung ist geplant, dass neue Wege geschaffen werden, um auch Personen zu unterstützen, die ihre pharmazeutische Ausbildung in ihrem Heimatland aufgrund von Krieg, Flucht oder anderen Umständen nicht abschließen konnten. Ihnen soll unter bestimmten Bedingungen der Abschluss ihrer Ausbildung in Deutschland ermöglicht werden. Hierfür muss eine Prüfung geschrieben werden, die kontrolliert, ob der benötigte Wissensstand den deutschen Standards entspricht. Darüber hinaus soll die Apothekenbetriebsordnung erweitert werden, um den Einsatz dieser Fachkräfte bereits während ihres Anerkennungsverfahrens zu erlauben. Dies würde frühzeitig berufliche Perspektiven schaffen und den Einstieg in den Arbeitsalltag und das Erlernen von fachspezifischer Sprache erleichtern [15].

Die Anerkennung ihrer Berufsqualifikationen ist zwar ein wichtiger Schritt, doch allein reicht sie nicht aus, um diese potenziellen Fachkräfte vollständig in die Gesellschaft zu integrieren. Für eine nachhaltige Integration sind unterstützende Strukturen wie Sprachkurse und Fachsprachkurse, soziale Netzwerke und eine anfängliche finanzielle Förderung, etwa in Form von BAföG-ähnlichen Modellen für ausländische Auszubildende, von entscheidender Bedeutung [16].

Forderungen

Der BPhD unterstützt die geplanten Anpassungen der Apothekenbetriebsordnung, der Bundes-Apothekerordnung und der Approbationsordnung für Apotheker in Bezug auf die daraus resultierenden Änderungen, die die Anerkennung von pharmazeutischen Berufsqualifikationen aus dem Ausland erleichtern.

Der BPhD fordert den Gesetzgeber auf, die Verfahren zur Anerkennung von heilberuflichen Berufsqualifikationen aus dem Ausland weiter bürokratisch zu vereinfachen, sowie auf Bundesebene zu ergänzen und bestmöglich zu vereinheitlichen.

Der BPhD fordert den Gesetzgeber auf, die unterstützende Infrastruktur für pharmazeutische Fachkräfte aus dem Ausland beispielsweise durch BAföG-ähnliche Modelle für ausländische Auszubildende, verbesserte Angebote an Sprachkursen sowie digitale Anerkennungsportale auszubauen.

Ausblick

Bereits heute besteht ein Bedarf an mehr Personal in der Pharmazie und dieser wird sich vermutlich in den nächsten Jahren weiter erhöhen. Um diesem Bedarf gerecht zu werden und genügend Apotheker*innen in Deutschland zu haben, müssen jetzt entsprechende Maßnahmen geplant und umgesetzt werden. Die Bestrebungen verschiedener Landesapothekerkammern und -verbände sind ein richtiger Ansatz, um in der jeweiligen Landespolitik eine Veränderung zu bewirken, reichen bisher aber nicht aus. Zusätzlich zur Schaffung neuer Kapazitäten muss auch der Apotheker*innenberuf zeitgemäß und attraktiv gestaltet und kommuniziert werden. Dazu gehören auch ein modernes und vielseitiges Berufsbild und ein ebenso gestaltetes Studium.

Der BPhD hat sich in den letzten Jahren mit vielen inhaltlichen Aspekten der zukünftigen Berufsbilder auseinandergesetzt und hierzu verschiedene Positionspapiere veröffentlicht. Diese greifen zentrale Themen wie Impfen durch Apotheker*innen, Prescribing Pharmacists, die Weiterentwicklung des Pharmaziestudiums und der Novellierung der Approbationsordnung für Apotheker[*innen], sowie die pharmazeutischen Dienstleistungen auf und bringen so die Perspektiven und Anliegen des pharmazeutischen Nachwuchses aktiv in die berufs- und gesundheitspolitische Diskussion ein.

Quellen

- [1] Bundesagentur für Arbeit (2024): [Einzelausgaben- Statistik der Bundesagentur für Arbeit](#), zuletzt zugegriffen am 25.09.2025
- [2] ABDA (2025): https://www.abda.de/fileadmin/user_upload/assets/ZDF/Jahrbuch-ZDF-2025/ZDF_2025_ABDA_Statistisches_Jahrbuch.pdf, zuletzt zugegriffen am 25.09.2025
- [3] Pharmazeutische Zeitung (2024): <https://www.pharmazeutische-zeitung.de/fachkraeftemangel-in-fast-allen-apotheken-147085>, zuletzt zugegriffen am 03.11.2025
- [4] ABDA (2021): https://www.abda.de/fileadmin/user_upload/assets/DAT_Beschluesse/DAT_2021_Beschluesse, zuletzt zugegriffen am 27.09.2025
- [5] Landesregierung Brandenburg (2024): [20241210 Koalitionsvertrag.pdf](#), zuletzt zugegriffen am 08.10.2025
- [6] apotheke adhoc (2025): <https://www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/detail/politik/endlich-pharmaziestudium-in-brandenburg>, zuletzt zugegriffen am 29.09.2025
- [7] Pharmazeutische Zeitung (2025): <https://www.pharmazeutische-zeitung.de/neuer-pharmazie-campus-liegt-auf-eis-153901>, zuletzt zugegriffen am 29.09.2025
- [8] Deutsche Apotheker Zeitung (2025): <https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2025/09/17/apothekerschaft-dringt-auf-schnelleren-berufseinstieg-fuer-nachwuchs>, zuletzt zugegriffen am 01.10.2025
- [9] Bundesministerium für Gesundheit: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/gesundheitswesen/gesundheitsberufe/gesundheitsberufe-allgemein.html>, zuletzt zugegriffen am 13.04.2025
- [10] <https://www.gesetze-im-internet.de/bqfg/BJNR251510011.html>, zuletzt zugegriffen am 12.04.2025
- [11] https://www.anerkennung-in-deutschland.de/assets/content/Medien_Dokumente-Fachpublikum/anerkennungsgesetz.pdf, zuletzt zugegriffen am 12.04.2025
- [12] Bundesministerium für Bildung und Forschung (2025): [Anerkennungsgesetz des Bundes](#), zuletzt zugegriffen am 12.04.2025
- [13] Statistisches Bundesamt (2025): [21 % mehr Anerkennungen ausländischer Berufsabschlüsse im Jahr 2024- Statistisches Bundesamt](#), zuletzt zugegriffen am 08.10.2025
- [14] Friedrich Ebert Stiftung (2025): <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/22000.pdf>, zuletzt zugegriffen am 25.05.2025
- [15] Bundesministerium für Gesundheit (2025): [Berufsanerkennung Heilberufe Kabinett.pdf](#), zuletzt zugegriffen am 08.10.2025
- [16] MIT Press Direct (2023): <https://direct.mit.edu/euso/article/25/1/1/127293/Greater-local-supply-of-language-courses-improves>, zuletzt zugegriffen am 03.11.2025

Weitere Informationen finden Sie auf www.bphd.de.